



Demokratie am Wendepunkt?

Die bürgerliche Unruhe und die Zukunft der Parteien

Werner Weidenfeld

Wie könnte eine strategische Lösungsperspektive für die aktuellen Problemlagen aussehen?

I: Vier Oberflächenbefunde zu unserer Thematik

- I. Unschwer ließ sich in den zurückliegenden Monaten feststellen, dass die Republik im Vergleich zu früheren Jahrzehnten machtpolitisch durchgeschüttelt wird. Es vergeht praktisch kaum ein Wahlabend, wo nicht gesagt wird, das sei ein historisches Ereignis. Gleichzeitig wird das Ganze von einer großen thematischen Hektik unterwebt, die diese Gesellschaft erfasst hat: Hartz IV-Erhöhung um 5 oder 8 Euro, Steigerung der Krankenversicherungsbeiträge auf 14,9 oder 15,5 %, Lkw-Maut, Pkw-Maut, Gorch Fock, Wikileaks, von dort bis zur Euro-Krise, Schengen-Korrektur Grenzkontrollen, Nordafrika Transformation bis Fukushima, Biosprit, Trainerwechsel bei Bayern München, Lokführerstreik usw.
In ihrer alltäglichen Umsetzung versanden viele dieser so häufig wechselnden Themen in einer Sphäre plaudernder Irrelevanz. Die routinierten Ödenhaftigkeiten von Talkshows, die sich dieser Hektik zuwenden, stehen hierfür beispielhaft. Tatsächlich gibt es kaum ein Thema, das die öffentliche Aufmerksamkeit länger als drei bis vier Tage wirklich bannt. In der jüngeren Vergangenheit gab es im Grunde genommen nur drei Themen, die länger als drei bis vier Tage Aufmerksamkeit erhalten haben: Guttenberg, Japan und die Konsequenzen, Libyen und die Transformation Nordafrikas. In diesen sprunghaften Aktionismus hinein entsteht der Eindruck einer verwirrten Ratlosigkeit der politischen Akteure. In neomodischer Sprache könnte man

als Resümee für diese Oberflächenbefindlichkeit sagen: Politik im Stresstest – Kernschmelze des Vertrauens.

- II. Wir befinden uns im Superwahljahr 2011, in dem zwischen den zwei Bundestagswahlen 2009 und 2013 sieben Landtagswahlen, ergänzt durch eine ganze Reihe von Kommunalwahlen, stattfinden. Die extrem hohe Stimmbeweglichkeit in diesen Wahlen ist bemerkenswert. Hamburg: CDU minus 20,7 %, SPD plus 14,3 %. Man kann im Grunde genommen sagen: erdrutschartige Wählerbewegungen, und zwar nicht nur Bewegungen zwischen den Parteien, sondern auch zwischen Wählern und Nicht-Wählern. Ähnlich in Baden-Württemberg am 27. März 2011: Grüne plus 12,5 %, erster Grüner Ministerpräsident in der Geschichte. Rheinland-Pfalz am gleichen Tag: Grüne plus 10,8 %, SPD minus 9,9 %.
- III. Eine neue oder zusätzliche Freude an der Protestbewegung ist offensichtlich. Man entdeckt geradezu eine Unterhaltsamkeit des Protestierens. Ich darf daran erinnern: Vor wenigen Monaten fand der Atommüll-Transport nach Gorleben statt; besonders reichhaltiger Zuspruch der Demonstranten führte zur längsten Fahrzeit in der Geschichte dieser Atommülltransporte nach Gorleben. Natürlich muss man auch das Stichwort Stuttgart 21 erwähnen. Doch klar ist: So etwas gibt es in vielen anderen Städten auch. Zwar nicht überall in dieser Dramatik mit Verletzten, aber doch vergleichbar. Mal handelt es sich um einen Tunnelbau oder eine Tiefgarage, mal um eine Flugschneise oder um Hochspannungsleitungen für erneuerbare Energie.
- IV. Die andere Geschwindigkeit des Internet, die eine andere Art von Informationsaustausch ermöglicht. Beim letzten Präsidentschaftswahlkampf in Amerika, als Obama gewann, haben sich die Schwerpunkte der Wahlkampfführung schon stark aus den Medien in das Internet verlagert. Auf die Frage nach den Gründen dieser Verlagerung war der Hinweis interessant: Die Medien sind doch viel zu langsam; zwischen einer Artikulationsform und der Umsetzung in weite Felder der Gesellschaft dauert es in den Medien viel zu lange. Da passiert beispielsweise an einem Mittag etwas, und erst am nächsten Vormittag ist es wirklich in den Medien. Das muss doch viel schneller gehen; da darf doch nicht jemand erst einmal bremsen. Die Macht der Blogger-Netzwerke ist spürbar geworden. Die Herausforderung für alle, die damit umgehen wollen, liegt, weil unendlich viele Daten-Informationen herumschwirren, darin, den Überblick zu behalten. Die Literatur, die sich mit solchen Sachverhalten grundsätzlich, fast kann man sagen, philosophisch auseinandersetzt, bringt das Problem auf ganz interessante

Kurzformeln. Jürgen Habermas hat kürzlich geschrieben, es sei eine normativ abgerüstete Generation der Kurzatmigkeit, die unsere Kultur im Moment prägt. Hans Magnus Enzensberger hat ein kleines Büchlein geschrieben über die Entmündigung Europas, dieses Monster, das sich da herausbilde. Gabor Steingart schreibt in einem Feuerwerk von Komplexität über das Ende der Normalität.

II.

So viel zum Oberflächenbefund. Ich denke, schon die wenigen Stichworte machen anschaulich, was da alles so vor sich geht. Ich will mich nun den Tiefendimensionen unseres Themas zuwenden.

Erste Bemerkung: Die Machtarchitektur der Republik wird korrigiert. Wir bewegen uns nicht mehr in dem alten Stabilitäts- und Kontinuitätskalkül. Ich darf Sie daran erinnern, dass dieses Kontinuitäts- und Stabilitätskalkül und die daraus sich ergebenden Formen unserer Republik dazu geführt haben, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1998 eine Wahl einen Regierungswechsel erzwungen hat. Vorher waren es, wenn es einmal zu einem Wechsel kam, Koalitionswechsel, nicht erzwungen vom Wahlergebnis. 1998, also fast 50 Jahre nach Gründung, gab es zum ersten Mal einen Regierungswechsel durch ein Wahlergebnis. Das Ganze wird begleitet von der Reduzierung des Anteils der traditionellen Volksparteien. 1976 hatten wir den Höchstwert dieser Volksparteien: 92,2 % wählten die traditionellen Volksparteien. Das hat sich dann bis 2005 reduziert auf 69 %; 2009 waren es nur noch 56,8 %.

Zu diesem Phänomen sagen heute 70 % unserer Mitbürger, sie sähen sowieso keinen Unterschied zwischen diesen Parteien; insofern sind sie von dieser Entwicklung relativ wenig bewegt. Auf die Frage, ob es denn gut oder schlecht sei, wenn die Volksparteien auf diese Art und Weise geschwächt seien, sagen nur noch 35 %, das sei etwas Ungünstiges. Damit verbunden ist ganz generell die Reduzierung der festen Parteienbindungen, die wachsende Zahl der Wechselwähler und immer spätere Wahlentscheidungen. Mehr als 10 % der Mitbürger entscheiden ihre Stimmabgabe bei einer Wahl auf dem Weg von der eigenen Wohnung bis zur Wahlkabine – eine durchaus relevante Größenordnung. Kurzfristigkeit ist das Stichwort.

Auch in der Machtarchitektur der Parteien ist eine neue Hektik zu erkennen, etwa im häufigeren Auswechseln von Führungskräften der Parteien. Das markanteste Beispiel dazu wird von der SPD gesetzt: Sechs Vorsitzende in den letzten zehn Jahren, zehn Vorsitzende in den letzten

22 Jahren. Vorher gab es drei Vorsitzende für 41 Jahre! Interessant ist auch, wenn man die wachsende Zahl der Nichtwähler fragt, warum sie eigentlich gar nicht mehr zur Wahl gehen: Der größte Anteil sagt, die Parteien überzeugen nicht – 84 %. Der Wahlkampf spricht mich nicht an – 72 %. Meine Stimme zählt doch gar nicht – 40 %. Politik ganz generell interessiert mich nicht – 33 %. Wahlen sind sowieso überflüssig – 16 %. Man kann also durchaus sagen, dass es sich hier nicht nur um eine generelle Politikverdrossenheit handelt. Vielmehr ist diese Motivationslage spezifischer zu sehen.

Das Ganze bewegt sich vor einem Hintergrund der Flexibilität von Stimmungen und Einschätzungen, die sich in Wahlergebnissen realisieren. Ich darf Sie daran erinnern: Bei der Bundestagswahl fand bis zu dieser Phase, über die wir jetzt sprechen, dieser neuen Hurligkeit und Mobilität, die größte Stimmverschiebung im Jahr 1969 statt, als Willy Brandt Kanzler wurde; eine Zäsur, die in dem politisch-kulturellen Klima der Gesellschaft eine tiefe Aufwühlung mit ausgelöst oder mit widergespiegelt hat. Diese größte Verschiebung betrug 3,4 %; eine ganz andere Dimension als das, worüber wir heute sprechen.

Insgesamt bedeutet dies: Die Machtstrukturen der Parteien werden labiler. Die Volksparteien haben in den zurückliegenden Jahren die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Die Medialisierung, die das Ganze begleitet, wird dramatischer. Das ist nun ein eigenes Thema, wenn man die ganzen differenzierenden Hintergründe mit reflektiert. Hier für uns reicht meines Erachtens der Hinweis auf diese Dramatik, die durch die Verwebung der auch untereinander konkurrierenden Medien zu beobachten ist, und die auch von der Politik sofort so beantwortet wird. Alles das, was ich bisher erwähnt habe, bedeutet nicht, dass sich unsere Mitbürger nicht in irgendeiner Weise in dieser Gesellschaft und im politischen Kontext engagieren wollen. Man kann sogar sagen, diese Bereitschaft zum freiwilligen Engagement wächst eher. Es sind im Moment 36 % unserer Mitbürger in diesen Dingen engagiert. Weitere 32 % sagen, sie seien bereit, sich zu engagieren, wissen aber noch nicht genau, wie. 30 % der bereits Engagierten sind bereit, dies weiter auszubauen. Aber alle die, über die ich jetzt spreche, brauchen, wünschen, fordern eine bessere Information, was sie denn da eigentlich machen können. 89 % der Nichtwähler fordern mehr Beteiligung. Da ist also nicht eine Gesellschaft, die in sich eingeschlafen ist, die überhaupt nichts mehr bewegen will und sich sowieso für nichts interessiert, sondern da ist durchaus ein soziales politisches Potential vorhanden, das nur in den bisherigen Formen und so, wie es gemacht wird, sich offenbar nicht angemessen angesprochen fühlt.

Zweites Element der Tiefendimension: Eine Pluralisierung der Parteienlandschaft ist festzustellen. Ursprünglich war die Architektur unserer Politik in der Bundesrepublik im Wesentli-

chen durch zwei große Parteien und eine kleine Partei geprägt. Dann begann es mit einer Pluralisierung im linken Spektrum, Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre mit den Grünen. Aber wir dürfen nicht übersehen, dass auch die anderen Teile des politisch-kulturellen Spektrums davon erfasst sind. Vor acht, neun Jahren haben sich auf einmal eine ganze Reihe bürgerlicher Bürgerinitiativen aus dem Wählerspektrum von Union/FDP gebildet, die nicht mehr mit dieser Art der Parteistrategie einverstanden waren und so etwas wie einen Aufbruch inszenieren wollten.

Damals haben die Parteien sehr clever darauf reagiert. Die Vertreter dieser Bürgerinitiativen waren auf einmal in jeder Talkshow präsent. Die Parteien haben darauf sehr positiv reagiert, haben das begrüßt, und haben denen so die Luft für ihren Protest abgeschnürt. Sie sind ja dann auch wieder ein Stück weit verschwunden. Aber in Bayern war erstmals eine freie Wählergruppe im Landtag vertreten. Diese Unruhe auch in dem Teil, den sie nicht sofort dem Lager einer Protestbewegung zuordnen würden, geht ja durchaus weiter, bis hin zur Piratenpartei. Sie haben immerhin 2 % aus dem Nichts heraus bei den Wahlen gewonnen, obwohl niemand irgendeinen Kopf von denen kannte. Das ist auch eine andere neue Form; da müssen Sie nicht gleich irgendeinen überpopulären Spitzenkandidaten haben, um erfolgreich zu sein. Schauen Sie sich nur die inzwischen vorhandenen ganz unterschiedlichen Koalitionsstrickmuster an; dieses Machtmosaik ist einfach unendlich viel bunter geworden, als es in früheren Jahrzehnten war. Es ist eben nicht mehr nur dieses einfache entweder mal so oder mal so, sondern mit Ausnahme der Einbindung der Linken, etwa in Koalitionen mit der Union, haben Sie ja praktisch alle denkbaren unterschiedlichen Konstellationen in dieser Republik, die man sich abstrakt vorstellen könnte.

Dritter Punkt: Die Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist virulent. Der erste Aspekt, an dem man es festmachen muss, ist natürlich die Erosion der alten Milieus, die diese Republik sehr stark geprägt haben. Da ist dieses Arbeitermilieu, aus dem heraus sehr stark SPD und Gewerkschaften ernährt wurden, mit ganz starken Bindeformen. Auf der anderen Seite ist es das katholisch-christliche Milieu, das sehr stark die Union getragen hat. Beide Milieus haben sich in dieser Form aufgelöst. Die gibt es so nicht mehr. Die große politische Landschaft ist nicht mehr von diesen Milieus geprägt.

Diese Art Überwindung und die damit verbundene Zerfaserung in der Gesellschaft haben Konsequenzen im Blick auf zwei Schlüsselkategorien unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es gibt auch noch weitere, aber ich will hier einmal zwei nennen. Das eine ist gewissermaßen die Sicherheit, die die Menschen in dieser Gesellschaft empfinden, und das Vertrauen,

das sie in dieser Gesellschaft mit einbringen und in diese Gesellschaft haben. Die 1984 verstorbene führende deutsche Soziologin Helge Pross hat noch 1982 ein sehr interessantes Buch veröffentlicht, „Was ist heute deutsch? Wertorientierungen in der Bundesrepublik“. Sie hat dazu das gesamte empirische Datenmaterial, das sie zu diesem Themenfeld irgendwo ausfindig machen konnte, ausgewertet und ist zu folgendem Ergebnis zu der Frage, was typisch deutsch ist, gekommen: die Sehnsucht und das Streben nach Sicherheit. Das ist es, was die Deutschen sehr dominant prägt! Risiken zu vermeiden. Sicherheit ist nicht nur militärisch gemeint, sondern ökonomisch, sozial usw.

Wenn Sie einmal die Befunde zu diesem Sicherheitsempfinden in unserer Gesellschaft prüfen, dann geht es dramatisch bergab. Rentensicherheit, ein Schlüsselthema dazu: 9,5 % unserer Mitbürger glauben, dass ihre Rente sicher ist; 88 % unserer Mitbürger sagen, nein, meine Rente ist nicht sicher. Das Gleiche können Sie durchexerzieren vom Abchecken der Finanzkrise bis hin zum Terrorismus, zur Energiesicherheit. Sie können beim Phänomen Terrorismus sehen: Es ist das Ende der klassischen alten Abschreckungsprinzipien; man muss sich jetzt anders mit solchen Sachverhalten auseinandersetzen. Da ist eine ganz schwerwiegende Veränderung in unserer Gesellschaft.

Das gleiche kann man sagen zur Kategorie Vertrauen und Misstrauen. Wir konnten in den letzten Jahren eine Fortsetzung des dramatischen Vertrauensverlustes in dieser Gesellschaft beobachten, natürlich – greifen wir es hier erst einmal ab – gegenüber der Politik. Es haben noch 10 % unserer Mitbürger – mal leicht über 10 %, mal leicht unter 10 %, je nachdem, welche Befragung Sie heranziehen, also immer im Umfeld von 10 % –Vertrauen in die Politik. 64 % drücken dagegen einen massiven Vertrauensverlust aus. 74 % sagen: Ich glaube doch sowieso keinem Wahlversprechen mehr. Diese Vertrauensreduzierung trifft aber jetzt nicht nur die Entscheidungsträger der Politik im engeren Sinne, sondern eigentlich jede Institution. Mit Ausnahme von Polizei und Verfassungsgericht ist das ein ziemlich flächendeckendes Phänomen.

Es gibt eine sehr interessante Untersuchung, den sogenannten Edelman Trust Barometer, der jährlich weltweit untersucht, wie das Vertrauen in einer Gesellschaft vorhanden ist. Da ist der Misstrauenspegel in Deutschland am höchsten. Ich bin skeptisch, ob die Daten, die aus China oder anderswo kommen, korrekt sind; das lasse ich einmal außen vor. Aber überall dort, wo Sie in diesen Befragungen subtile wissenschaftliche Traditionen haben, kommen wohl wirklich gute Daten. Bei denen ist Deutschland Nr. 1. 54 % unserer Mitbürger sagen, sie können niemandem vertrauen, also nicht nur nicht ihrem Abgeordneten oder Minister, sondern niemandem in dieser Gesellschaft.

Aber dieses Vertrauen ist eine Schlüsselkategorie einer jeden modernen Gesellschaft. Warum spielt diese Kategorie weit über jede feuilletonistische Prosa hinaus so eine Schlüsselrolle? Man kann sagen, jede moderne Gesellschaft lebt vom Vertrauensvorschuss; es ist quasi der Sauerstoff des gesellschaftlichen Lebens. Warum? Weil die moderne Gesellschaft extreme Arbeitsteilung aufweist. Es wird ja immer präziser im Ausschnitt, wozu jemand kompetent ist und wozu er die Kompetenz des anderen braucht. In jeder Sekunde haben wir unendlich viele Sachverhalte mit diesem Vertrauensvorschuss. Das braucht eine moderne Gesellschaft. Wenn wir aber dieses Vertrauen entziehen, sehen wir sofort, dass das handfeste Konsequenzen hat. Das zweite kennzeichnende Phänomen für eine moderne Gesellschaft ist die Multiplizierung des Wissens. Nicht jeder von uns weiß alles, sondern wir wissen alle mehr, aber es ist immer ein extremes Ausschnittswissen. Ich weiß nur über einen Ausschnitt, ich brauche aber die Kenntnis aus dem anderen Ausschnitt, und dann muss ich dieser Kompetenz vertrauen. Wenn ich also dieses Vertrauen entziehe, entziehe ich auch bestimmte Schlüsselleistungen dieser Gesellschaft. Unsicherheit in der Misstrauensgesellschaft, das ist es, was wir im Moment gewissermaßen als Kern, Grundtenor fixieren können.

Ich will darauf hinweisen, damit wir hier nicht eine Schiefelage in der Argumentation bekommen, dass dieses Problem nicht nur in Deutschland vorhanden ist, ob die Parteien diese Art Herausforderungen noch wirklich im Griff haben. Sie können das genauso in Italien beobachten, Sie können die Entwicklungen in Frankreich sehen. Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten gibt es in Großbritannien auch einmal wieder eine Koalitionsregierung. Denken Sie an rechtspopulistische Entwicklungen in Ungarn, in Finnland. Da sind wir nicht alleine mit solchen Dingen. Oder denken Sie im Moment an die Protestbewegung aktueller Art in Spanien, eine Protestbewegung gegen die Perspektivlosigkeit. In Spanien gibt es 40 % Jugendarbeitslosigkeit. Die Protestbewegung dort ist auf Distanz zu allen Parteien und Gewerkschaften. Die gehen auf Distanz zu alledem, was die Politik dort anzubieten hat; es ist eine Distanz zum Politikbetrieb insgesamt. Jenseits dieses Vorgangs bei der Konjunktur von rechtspopulistischen Bewegungen in Europa können Sie sehen, wir haben hier komplexe Probleme in Europa, und da erwecken politische Entscheidungsträger Aufmerksamkeit, wenn sie einfache Lösungen anbieten, und natürlich auch mit einer direkten Benennung der Schuldigen. Diese großen Vereinfacher verbreiten auch leicht verständliche Botschaften.

Das Résumé daraus: Die Bindekräfte der Republik erlahmen. Der Wähler kann sich auch nicht mehr so wie in früheren Jahrzehnten am Geländer zuverlässiger Erklärungen festhalten; er taumelt eher im Nebel der Detailfeuerwerke. Und es tut sich – das haben wir ja alle in den

zurückliegenden Monaten verspürt – durchaus eine Spannung auf zwischen den Regeln der repräsentativen Demokratie oder den Verfahren des Rechtsstaates und der punktuellen Stimmung, der Wut oder der Begeisterung der örtlichen direkten Betroffenheit. Am Anfang dieser Protesterscheinungen haben ja viele darauf hingedeutet und gesagt, schauen Sie sich mal das Sozialkundelehrbuch an, da ist doch alles drin, die Verfahren der repräsentativen Demokratie usw. Da muss man eigentlich merken, dass viele dieser Protestbewegungen sich dafür nicht interessieren und davon auch nicht angesprochen sind. Sie können ja hundert Beispiele dazu finden, dass, sagen wir, jemand ausruft, wir brauchen regenerative Energie, wir brauchen Stromleitungen, wir brauchen da und dort eine Autobahnbrücke, wir brauchen Geothermie, wir brauchen Solarparks, ja, aber nicht vor meiner Haustür! Diese Art von Spannung erleben Sie bei vielen dieser Phänomene.

III. Gibt es eigentlich eine Lösung für diese Problematik?

Für mich ist zunächst einmal eine Anregung dazu ganz interessant, die wir vor Jahren in Europa schon einmal erlebt haben. Es gab schon einmal solch eine Phase, in der man sagte, Europa ist nicht mehr zu retten, das ist alles im Untergang befindlich, das wird vielleicht später noch ein paar Archäologen interessieren, das ist doch nur noch ein gesellschaftlicher Ausschnitt aus dem Museum. Das wurde Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre auf einmal unter das Schlagwort ‚Eurosclerosis‘ subsumiert. Dieses Europa war doch am Ende; schaut doch nach Japan, sagte man damals, da ist die Zukunft. Es ist eigentlich ganz interessant, wie man sich damals dieser Herausforderung gestellt hat. Damals gab es zwei Spitzenpolitiker, die gesagt haben, wir können das nicht einfach so treiben lassen, wir müssen jetzt wirklich kraftvoll zupacken. Das waren Mitterand in Frankreich und Kohl in Deutschland. Sie sagten, so, jetzt setzen wir uns zusammen und überlegen uns sorgfältig, wie wir eine wirklich historische Antwort darauf finden. Dann haben die beiden gesagt, als erstes brauchen wir einen strategischen Kopf. Gefunden haben sie diesen in Jacques Delors, damals Finanzminister in Frankreich. Delors wiederum sagte zu Kohl und Mitterand: Das mache ich, aber ich brauche drei, vier Monate Zeit, um wirklich strategisch darüber nachzudenken. Überlegen Sie sich: Würde heute einer sagen: Entschuldigen Sie bitte, ich brauche jetzt einmal drei, vier Monate Zeit, strategisch nachzudenken? Das wären ja karikaturhafte, satirische Sendungen, die da losgetreten würden. Aber damals hat Delors das gesagt. Nach vier Monaten kam er zurück und sagte: Ich bin zu einem Ergebnis gekommen. Wir müssen uns einer großen existenziellen Herausforderung stellen, und dann können wir das Ganze wieder hochbringen, weil wir große vitale Kräfte frei-

setzen. Beim Nachdenken habe ich zwei Aufgaben identifiziert, aber wir haben nur die Kraft für eine. Welche sollen wir angehen? Die eine Aufgabe heißt, die Sicherheit Europas neu zu organisieren, und die andere, den Binnenmarkt zu vollenden. Mitterrand und Kohl entschieden sich für den Binnenmarkt, worauf knapp 300 Gesetze entwickelt wurden, die in einem bestimmten Zeitrahmen, von 1996 bis 2002, zu realisieren waren. 2002 hat man noch etwas drangehängt, nämlich die gemeinsame Währung. Das ist also schon einmal ein kleiner Hinweis darauf, was man eigentlich tun sollte: strategisch denken und strategisch handeln.

Ich darf zum zweiten darauf hinweisen, dass es Zeiten gab, in denen dieses Problem, das wir jetzt hier auf den Punkt gebracht haben, viel undramatischer war, weil der politische Orientierungsbedarf, der dahintersteckt, durchaus weitgehend erfüllt wurde, beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Einigung Europas, auch im Pro und Contra. Nicht, dass immer alle dafür waren, sondern die Prägung der gesellschaftlichen Wahrnehmung war klar. In Zeiten des Wiederaufbaus: soziale Marktwirtschaft. Als die Mauer fiel, auch einmal phasenweise dieses Bild der Nation. Dann war durchaus einmal der Verfassungspatriotismus ein ernstes Thema in dieser Gesellschaft. Aber alles das bindet die Bürger heute in diesem Ausmaß nicht mehr. Die Protestbewegungen, über die wir sprachen, interessieren sich dafür eigentlich auch nicht.

Ich will vier Stichworte nennen, wie Parteien doch noch einmal auf eine Erfolgsschiene kommen können.

II. Erstes Stichwort: Sie haben eine programmatische Orientierungsleistung zu erbringen, d.h. gewissermaßen nicht von jeder Minute zur anderen in die nächste Sitzung hetzen und das nächste Thema kreieren oder aufnehmen, sondern eine Deutungsleistung für die Gesellschaft erbringen. Es gibt einen unglaublichen Erklärungsbedarf in dieser Gesellschaft, der nicht befriedigt wird. Das Ordnen der durch das Internet produzierten Datenfülle ist beispielsweise ein elementarer Bedarf, der vorhanden ist. In der aktuellen Management-Literatur findet sich inzwischen häufiger, es sei die eigentliche Leadership-Aufgabe eines Managers für sein Unternehmen, diese Daten zu ordnen. Das kann man durchaus ein Stück weit parallel zur Politik sagen; politische Führungskräfte müssen so etwas auch leisten.

III. Zweites Stichwort: Parteien können erfolgreich sein, wenn sie gewissermaßen statt dieser sprunghaften situativen Hektik, die wir in den letzten Jahren erleben, strategisches Denken praktizieren, also so einen Hauch von Jacques Delors bringen. Das hat eine große Attraktion in dieser Gesellschaft und ihrer Bedarfslage.

- IV. Drittes Stichwort:** Erweiterte Partizipationsformen müssen ermöglicht werden. Das Partizipationsthema ist sehr komplex. Einfach nur per Fingerschnippen das und das, und hier und da einmal ein Plebiszit, das wird das Thema nicht lösen. Aber über erweiterten Partizipationsformen wie Partizipationslotsen, partizipative Evaluation, „adhocracy“, Internet-Plattform usw. muss man nachdenken.
- V. Viertes Stichwort:** Die Parteien müssen eine zuverlässige Kommunikation betreiben. Wenn Sie bei den Parteien sensibel auf den Punkt schauen, werden Sie das heute eigentlich kaum antreffen. Das sind schon kleine Juwelen, wenn Sie dort kommunikative Zuverlässigkeitselemente finden. Sie werden ja in der Regel bei vielen Punkten der Politik nicht wissen, ob das, was Ihnen da heute erklärt worden ist, morgen noch gilt, oder das hoffentlich heute Abend noch gilt. Das ist ja alles eine ganz andere Art von Wuseligkeit. Kommunikative Zuverlässigkeit ist demnach ein wirkliches Schlüsselement.

Die Parteien können aber durchaus trotz aller Dramatik der Problematik erfolgreich sein, wenn sie in angemessener Form diese Herausforderungen beantworten.